

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 30 Pfennig, Einzelnummer 15 Pfennig
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G.,
Berlin S. 14 — Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rüststraße 16
Fernsprecher S.-U. 628 41

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen
Eingetragen in die Reichspostzeitungsverzeichnisse

Robert Dismann †

Die vorige Nummer der Metallarbeiter-Zeitung war bereits im Druck, als die durch Funkpruch übermittelte Nachricht eintraf, daß Robert Dismann auf der Heimreise von Amerika auf dem Dampfer Columbus am 30. Oktober einem Herzschlag erlegen ist. Die Nachricht wirkte um so erschütternder, als unser Robert im besten Mannesalter stand und nie über ernstere gesundheitliche Störungen geklagt hatte. Es war deshalb gar nicht zu fassen, daß diese Kampfnatur, dieser unermüdbliche Agitator und Organisator, dieser Meister der Kleinarbeit, der aber auch den großen Problemen gegenüber nicht versagte, vor die ihn die Leitung der größten Gewerkschaftsorganisation so häufig stellte, uns auf immer entzogen sein sollte.

Am Abend vor seiner Abreise nach Amerika sprach er in einer Mitgliederversammlung Bremerhavens. Keiner der Teilnehmer ahnte, daß diese Rede seine letzte sein werde, die er an seine Verbandskollegen richtete. Niemand von denen, die ihn zum Schiffe begleiteten, dachte daran, daß ihr Wiedersehensgruß, den sie dem mit dem Schiffe Abfahrenden zuriefen, sich nicht erfüllen, daß nur der entseelte Körper des geliebten Führers zurückkehren würde. Von tiefem Weh ergriffen ist mit uns die gesamte Mitgliedschaft. Es trauern aber auch Millionen von Arbeitern und Arbeiterinnen in Deutschland und im Auslande, denen sein Wirken im Dienste der Proletarier bekannt geworden war.

Robert Dismann hat nur ein Alter von 48 Jahren erreicht. Dennoch stand er ein Vierteljahrhundert an leitenden Stellen der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung. Geboren am 8. August 1878 in Hülsenbusch bei Gummerbach im Rheinland, wurde er Dreher und schloß sich kurz nach beendeter Lehrzeit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband an. Hier gewann er schnell das Vertrauen der Mitglieder in Barmen-Elberfeld, die ihn im Jahre 1900, als 22-jährigen, zum Bevollmächtigten und besoldeten Geschäftsführer wählten. 1905 ging er in gleicher Eigenschaft nach Frankfurt a. M., folgte 1908 aber dem Ruf der Sozialdemokratischen Partei, der er sich schon in Barmen angeschlossen hatte und übernahm zuerst das Sekretariat der Partei in Hanau und 1912 das Bezirkssekretariat für Hessen-Nassau in Frankfurt a. M.

Nach Ausbruch des Krieges wurde er heftiger Gegner der offiziellen Kriegspolitik, die zu seinem Austritt aus der Sozialdemokratischen und zum Eintritt in die Unabhängige Sozialdemokratische Partei führte, in der er, zunächst gleichfalls als Bezirkspartei sekretär, bis zur Wiedervereinigung beider Parteien im Jahre 1922 eine außerordentliche Tätigkeit entwickelte. Inzwischen war er auf dem Verbandstag in Stuttgart 1919 in die Leitung unseres Gesamtverbandes als Vorsitzender gewählt worden. 1920 entsandte ihn sein Frankfurter Bezirk auch in den Reichstag, dem er bis zu seinem Tode angehörte.

Gleichviel in welcher Stellung er sich befand, in jeder war er unermüdblich in der Wahrnehmung der Interessen der Arbeiter und für die Stärkung der Macht und des Einflusses der Arbeiterbewegung tätig. So wie er als Parteisekretär fast jedes Mitglied der politischen Organisation kannte, in jedem Ort des Bezirks Funktionäre für die Partei heranbildete, jedes Vorkommnis in diesen Orten zugunsten der Arbeitersache auszunutzen verstand, so war er auch als Gewerkschafts-angestellter in jeder Sitzung, jeder Versammlung, gleichviel ob kleine oder große, ob Mitglieder- oder öffentliche Versammlung, anzutreffen in der Absicht, die Teilnehmer für seine Sache zu gewinnen. Überall war er mit Rat und Tat zur Hand, jeder fand bei ihm Gehör und freundliche Behandlung, jeder hatte schon nach kurzem Zusammensein Sympathie und Vertrauen zu ihm, um so mehr als er auch in seinem äußeren Wesen seine Herkunft nie verleugnete, stets der Proletarier blieb.

Die Erwerbslosen konnten daher keinen glühenderen Befürworter ihrer Forderungen, die Feuerarbeiter der Schwerindustrie keinen überzeugenderen Redner für die Verkürzung der Arbeitszeit, die kapitalistische Wirtschaftsordnung keinen heftigeren Ankläger im Reichstag finden, als Robert Dismann. Es gehörte sein zäher Wille dazu, um in mühevollen Ringen zuerst den Widerstand der bürgerlichen Kommissionsmitglieder im Reichstag zu brechen und dann den Regierungsbürokraten die Zustimmung zu dem von ihm entworfenen Arbeitsbeschaffungsprogramm abzugewinnen, das einer halben Million Arbeitsloser nicht nur Beschäftigung gab, sondern gleichzeitig auch die ungeheuren sozialen und kulturellen Schäden milderte, die mit jahrelanger Arbeitslosigkeit aufender Arbeiter verbunden sind.

Im politischen Leben war er bis zuletzt ein scharfer Gegner des Paktierens mit der bürgerlichen Klasse. Er vertraute ausschließlich auf die eigene Kraft der Arbeiterklasse, auf die Macht der Arbeiterorganisation, die er mit allen Mitteln zu stärken versuchte. Auch in der Gewerkschaftsbewegung sah er in der einheitlich geschlossenen, machtvollen Organisation die erste Voraussetzung für eine erfolgreiche Tätigkeit zum Aufstieg der Arbeiterklasse. Deshalb sein Kampf auf den

Gewerkschaftskongressen und Bundesausschussitzungen für die Industrieorganisationen, für deren Durchführung er in vielen Sitzungen und langwierigen Verhandlungen mit den andern Gewerkschaften einen Gesamtplan entwarf, der jedoch vom Breslauer Gewerkschaftskongress abgelehnt wurde. Robert Dismann kannte die Bedingungen für den Gewerkschaftskampf, stellte sie stets in seine Rechnung ein, scheute auch nicht vor der Aufgabe zurück, der Arbeiterschaft Wahrheiten zu sagen, die unangenehm empfunden wurden, wenn dies der Kampf oder das Interesse der Arbeiter und der Gewerkschaften erforderte.

Zu den Gebieten, die er mit besonderer Liebe behandelte, zählt die Betriebsrätebewegung. Die Bestrebungen, die eine von den Gewerkschaften losgelöste selbständige Betriebsrätebewegung bezweckten, hatte er mit größter Schärfe bekämpft. Dafür setzte er sich aber umso mehr für die tätige Mitarbeit der Betriebsräte in der Gewerkschaft, für ihre Zusammenfassung und systematische wirtschaftspolitische Schulung und Durchbildung durch die Gewerkschaften ein, weil er in den Betriebsräten einen äußerst wichtigen Faktor für die Emanzipation der Arbeiterschaft aus wirtschaftlichem Druck sah. In unserem Verband geschah letzteres zunächst durch Herausgabe einer besonderen Zeitschrift für die Funktionäre des Verbandes, die Betriebsräte-Zeitschrift, deren Redaktion Robert Dismann übernahm. Zugleich erfolgte die Anstellung von wirtschaftspolitisch geschulten Kräften für die Beschaffung geeigneten Materials zur Information der Betriebsräte, die auch örtlich, bezirklich und für das Reich zusammengefaßt wurden, um gemeinsam mit den Betriebsräten und der Organisation der Angestellten in der Metallindustrie die einschlägigen Fragen zu behandeln. Schließlich wurde von uns die Wirtschaftsschule in Bad Dürrenberg errichtet, in welcher schon in den neun Monaten ihres Bestehens einer nennenswerten Zahl unserer Funktionäre eine Grundlage für wirtschaftliches Denken und Erkennen gegeben werden konnte.

Wie in der eigenen Organisation, so war Dismann auch in der internationalen Arbeiterbewegung der Nachkriegszeit ein außerordentlich wichtiger Mitarbeiter. Vor allem in der Eisernen Internationale, deren Exekutive er seit dem Kopenhagener Kongress im Jahre 1920 angehörte. In ihren Sitzungen und ebenso auf den Kongressen des IWB beeinflusste er die Verhandlungen in starker Weise. Um die amerikanischen Organisationen der Metallarbeiter zum Anschluß an den Internationalen Metallarbeiter-Bund zu bewegen, hatte Robert Dismann gemeinsam mit dem englischen Kollegen Brownlie, dem französischen Kollegen Labe und dem Bundessekretär Kollegen Ig die Reise nach Amerika unternommen, von welcher er lebend nicht zurückkehren sollte. Wenn, wie angenommen werden kann, die amerikanischen Metallarbeiterorganisationen nun endlich den Anschluß an die Eisernen Internationale vollziehen, würde auch dies Ergebnis nicht zuletzt dem überzeugenden Wirken und klugen Handeln des nun Verstorbenen zu danken sein.

Mit dieser Aufzählung seiner Arbeiten und seines Wirkens zeigen wir nur kleine Ausschnitte aus der Tätigkeit des Mannes, der in sich den populären Redner und Agitator, den meisterhaften Organisator und den klugen Gewerkschaftstätter vereinigte, der auch in schwierigen Situationen die beteiligten Arbeiter noch zu einem befriedigenden Ergebnis zu führen verstand. Alle diese Eigenschaften wurden aber übertroffen von seinem unermüdblichen Arbeitswillen. Seine Arbeitskraft schien unbegrenzt, seine Gesundheit unverwundlich. Erst im letzten Jahre, nach seiner Wiederverheiratung, zeigte er das Bedürfnis nach einem geordneteren Familienleben und nach größerer Rücksicht auf die eigene Gesundheit, auf das eigene Leben. Zu spät.

Vom Verbandshause weht die rote schwarzumflossene Fahne. Sie kündigt Trauer um den toten Freund und Kameraden, der als Rheinländer so herzlich und so froh sein konnte, nun aber von der Seite seiner Gattin, die mit ihm aus Amerika zurückkehrte, durch den unbarmherzigen Tod gerissen und uns auf immer geraubt worden ist. Mit ihm verliert die deutsche und die internationale Arbeiterbewegung nicht nur den rastlosen Kämpfer für die Sache der Arbeiter, sondern auch einen hervorragenden Führer im Kampf um das hohe Ziel des Sozialismus. Nun hat sein Herz versagt, das für die Unterdrückten schlug, und ebenso das Hirn, das für die Befreiung der Arbeiterklasse dachte. An seiner Bahre stehend, beklagen wir den schmerzlichen Verlust. Wir ehren ihn, wenn wir, wie er selbst, allezeit unsere Kräfte einsetzen für den Sieg des kämpfenden Proletariats.

Der Vorstand
des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes



Die ausgestreckte Hand

Ein helles Licht auf den feilschen Zustand des deutschen Unternehmertums werfen wieder einmal ein paar Äußerungen der Deutschen Bergwerkszeitung. Am 31. Oktober sprach sie von der auffallenden Wirtschaftslage Amerikas und führte diese im wesentlichen auf die dortigen hohen Arbeitslöhne zurück. Allerdings sei das nicht eine Frucht vorgängiger Überlegung gewesen, sondern ganz einfach eine Folge des großen Arbeitermangels nach dem Kriege. Sehr wider ihren Willen hätten die amerikanischen Unternehmer hohe Löhne zahlen müssen und hätten noch 1920 die grimmigsten Anstrengungen gemacht, sie wieder herabzudrücken. Heute jedoch seien sie selber froh, daß ihnen das nicht gelungen ist, denn infolge der gesteigerten Kaufkraft der Volksmassen gehen die Geschäfte gut, und eine weitere Folge sei, daß der amerikanische Arbeiter einsteht, daß er mit dem Kapital gemeinsame Besorge hat. So streift er nicht und hält Gewerkschaften für entbehrlich. Für den Fall aber, daß nun jemand den deutschen Unternehmern raten sollte, es ebenso zu machen, hat die BZ eine Antwort bereit: Amerika konnte sich das leisten, weil nach dem Kriege das Gold der ganzen Welt dorthin geflossen sei. Die deutschen Unternehmer dagegen seien arm und können die Löhne nicht erhöhen. Deshalb — und nun kommt der Knalleffekt und Broeck des ganzen Geschreibels — müsse hier in Deutschland die Sache anders angefaßt werden: hier müßte zuerst die Arbeiter daran glauben, daß ihr Vorteil mit dem der Unternehmer gleichläufe, dann würde das andere hinterherkommen. „Die deutschen Unternehmer haben die Hand ausgestreckt (damit ist die Rede Silberbergs gemeint), die deutschen Arbeiter müssen sich jetzt gründlich und gewissenhaft überlegen, ob sie es nicht auf diesem Wege versuchen sollen.“ Demnach sieht die „ausgestreckte Hand“ der deutschen Unternehmer so aus, daß sie von den Arbeitern mehr und längere Arbeit verlangen, ohne ihnen dafür mehr Lohn geben zu wollen! Unmittelbar dahinter folgt ein Aufruf über den „Weltpartag“, der den Deutschen, und darunter natürlich in erster Reihe den deutschen Arbeitern das Sparen als „sittliche Kraft“, als „Tugend“ dringend ans Herz legt. Denselben Arbeitern, denen man im selben Augenblick jede Lohn-erhöhung verweigert hat!

Bekanntlich hat der deutsche Arbeiter — soweit er nicht erwerbslos ist — heute einen Durchschnittslohn von 40 M die Woche, während der vor dem Kriege übliche Lebensunterhalt heute etwa 65 M (für Mann, Frau und zwei Kinder) kosten würde. Alles nach den Angaben der amtlichen Statistik berechnet. Diesem so entlohnten deutschen Arbeiter wird eine Predigt gehalten, daß es „an der Einsicht für die unbedingte Notwendigkeit strengster Spararbeit in Deutschland noch sehr fehlt“, daß „die materiellen Ansprüche ans Leben bei uns seit Kriegsende in schreiendem Mißverhältnis zu unserer Verzerrung gestiegen“ seien, daß „in der Bekleidung ein mehr als leichsinziger Luxus herrscht“ usw. Man muß nicht denken, daß der Sittenprediger nur die Ausschweifungen der Reichen im Auge hat. Nein, er behauptet ausdrücklich, daß zum Beispiel die sinnlose Verschwendung in der Kleidung „heute im Gegensatz zu früher nicht auf eine verhältnismäßig dünne Schicht beschränkt bleibt, sondern sofort das Volk in seiner ganzen Ausdehnung ergreift.“ Welch eine unverschämte Verhöhnung der Arbeiter! Derselben Arbeiter, denen man jede Lohn-erhöhung verweigert!

Doch es kommt noch besser. Bereits einen Tag früher hat die BZ vor „bedenklischen Folgen übertriebener Sozialpolitik“ gewarnt. Sie teilt da mit, daß im Bergbau im Laufe dieses Jahres die Zahl der Kranken geradezu unheimlich zugenommen hat: im Ruhrbezirk von 583 (unter 10 000 Mann der Belegschaft) im Juni auf 895 im September; im Rheinläniger Braunkohlenrevier von 477 im Mai auf 709 im August; in der Oberlausitz von 710 im Juni auf 1140 im August; im Sächsischen Revier in derselben Zeit von 650 auf 1000. Das sind in der Tat grauenhafte Zahlen, und wenn das „Wohl der Volksgesundheit“ auch nur ein wenig am Herzen liegt, muß verlangen, ihnen auf den Grund zu gehen. Wie aber tut das die BZ? Da in anderen Gewerben eine gleich unheimliche Zunahme der Kranken in derselben Zeit nicht stattgefunden hat, so führt sie das auf die im Bergbau eingeführte Erhöhung des Krankengeldes zurück. Und dies genügt ihr, um zu behaupten, daß die meisten Krankheitsfälle gar nicht krank seien. Eine windige Berechnung soll die freche Behauptung noch stützen, wonach im Ruhrbezirk zu einer überörtlichen Nachprüfung von 12 177 Geladenen 5219 überhaupt nicht gekommen sind und nur 2851 als arbeitsunfähig befunden wurden. Jedes Kind sieht, was für ein windiges Gerbe das ist. Denn sowohl von denen, die kamen, als auch von denen, die nicht kamen, können ja irgendwelche bis zum Tage der Nachprüfung gesund geworden sein. Das beweist doch für ihren vorherigen Gesundheitszustand gar nichts. Außerdem kann eine solche „überörtliche“ Nachprüfung, wo Tausende schnell hintereinander ob-geprüft werden, selbstverständlich nur flüchtig und oberflächlich sein, und überdies kennen wir ja vom Kriege her die Zuverlässigkeit solcher ärztlichen Rassenprüfungen. Und das genügt

dem Unternehmerblatt, um nicht nur gegen die Arbeiter, sondern auch gegen die behandelnden Kassärzte die Verdächtigung zu schleudern, sie wollten die Krankenkassen betrügen. Wer auch nur einen Funken allgemeinen menschlichen Mitgeföhls im Leibe hat, wird aus den Tatsachen einen ganz andern Schluß ziehen: Früher, bei dem niedrigen Krankengeld, haben Tausende von kranken Arbeitern nicht gewagt, sich krank zu melden, weil sie keine Möglichkeit sahen, mit der Familie von dem Krankengeld zu leben. Dieser Zustand, der die Gesundheit und damit die Lebensfähigkeit des deutschen Volkes untergraben muß, ist durch die Erhöhung des Krankengeldes ein wenig gemildert: jetzt zeigt sich auf einmal, welche Massen von Arbeitern wirklich krank sind — wenn sie es nicht wären, würden die Ärzte sie doch nicht krank schreiben.

Wer so unaufrichtig das „Wohl des deutschen Volkes“ im Munde führt, wie die Unternehmerpresse, müßte daraus schließen, daß schliesslich auch in den anderen Gewerben das Krankengeld erhöht werden muß, damit die Kranken sich gesundpflegen können. Aber diese denkt nur an den eigenen Geldsack und schreit sich nicht, die Kranken zugleich mit den Ärzten zu verleumden und Herabsetzung des Krankengeldes zu verlangen. Mag die Volksgesundheit zum Teufel gehen, wenn nur der Profit gedeiht. Und dazu kommt nun am 2. November jene gemeinsame Kundgebung der Unternehmerverbände gegen die Wiederherstellung des Achtstundentages. Mit abermaliger Warenverkürzung und Entlassung von Arbeitern drohen sie, wenn die Regierung es sich einfallen ließe, eine Arbeitsstaquverföhrung vorzuschreiben, damit eine Anzahl Arbeitslose Beschäftigung finden. So sieht es aus, wenn die deutschen Unternehmer die „Hand ausstrecken“ zur Verföhrung mit den Arbeitern.

Besserung der Wirtschaftslage

Es ist kein Zweifel, daß die deutsche Wirtschaftslage sich in fast allen Zeilen zu bessern beginnt. Die internationalen Umwälzungen in den verschiedensten Industrien, die Beseitigung der politischen Schwierigkeiten im internationalen Leben und einiges mehr tragen nicht gering zu einer Konsolidierung der deutschen Industrie bei. Das internationale Wirtschaftsmoment, worin die Redewendung vor- kommt, daß der Handel kein Krieg, sondern ein friedlicher Austausch der Produkte sei, zeigt, daß die Internationalen der Interner in allen Teilen selbst auf dem schwierigen Gebiete der Handelspolitik sich zu nähern beginnt. Diese Situation ist natürlich geeignet, die Wirtschaftslage nicht nur Deutschlands, sondern auch der anderen Länder Europas im günstigeren Sinne erscheinen zu lassen. Wenn wir mit einigen Worten auf die Besserung der deutschen Wirtschaftslage eingehen wollen, so ist vor allem bemerkenswert, daß die gute Geschäftslage der Schwerindustrie anhält. Hier ist eine ständig steigende Erzeugung festzustellen, was nachfolgende Zusammenstellung zeigt:

In 1000 Tonnen	Kohleerzeugung zusammen je Arbeitstag	Stahl-erzeugung zusammen je Arbeitstag	Eisenblech-herstellung
Septbr. 1925	731,9	876,9	33,7
Juni 1926	720,1	976,1	37,5
Juli 1926	767,9	1019,8	37,8
August 1926	802,2	1122,7	43,9
Septbr. 1926	880,0	1114,2	41,0

Die Nationalisierung hat in der Schwerindustrie bereits reichliche Früchte getragen, was aus ihrer ständig steigenden Leistung je Arbeitstag hervorgeht. Aber auch die übrige Industrie besterbt sich, was durch das Steigen des Güterumschlags festzustellen ist. Die Wagen-herstellung der Reichsbahn betrug im September arbeitstäglich 139 900 gegen 128 600 im August, wo hingegen sie im Januar nur 101 800 je Arbeitstag betrug. Anfang Oktober wurden von der Reichsbahn arbeitstäglich 147 000 Wagen gestellt. Diese Wagenherstellung übertrifft die des Vorjahres um mehr als 10 v. H. Wenn auch die Wagenherstellung im Herbst infolge Beanspruchung der Landwirtschaft zur Winterverföhrung der Städte usw. naturgemäß eine höhere ist, so ist die Steigerung des Güterumschlags selbst ohne Berücksichtigung der Saison-schwankungen sehr beachtlich.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt beginnt sich langsam weiter zu bessern, wie aus folgender Zusammenstellung ersichtlich ist:

	männlich	weiblich	zusammen
1. Juli 1926	1 408 000	933 000	1 741 000
1. August 1926	1 528 000	924 000	1 652 000
1. September 1926	1 223 000	803 000	1 619 000
15.	1 195 000	787 000	1 484 000
15. Oktober 1926	1 085 000	751 000	1 340 000

Nach der Statistik der Gewerkschaftsverbände waren Ende September 15,6 v. H. der Mitglieder arbeitslos gegen 17 v. H. Ende August. Als Anzeichen wurden von den Gewerkschaftsverbänden im September 12,2 v. H. der Mitglieder gegen 11,4 v. H. Ende August gezählt.

Der Geldmarkt zeigt nach wie vor eine außerordentliche Flüssigkeit. Diese ist nicht zuletzt auf die einströmenden Auslandsgelder zurückzuführen. Es ist beachtlich, daß die im Auslande aufgenommenen Anleihen zum Beispiel im Monat September einen Nominalbetrag von rund 25 Millionen Mark erreichten, ein seit Dezember vorigen Jahres nicht mehr erzielter Höhe. Die Börse hat ebenfalls einen guten Gang. Im Oktober waren außerordentliche Kurssteigerungen zu verzeichnen. Alles in allem scheint sich weiterhin eine Besserung der deutschen Wirtschaftslage anzubahnen, was wir um so mehr begrüßen können, wenn man endlich einmal tatsächliche Schritte tätet, um die Arbeitslosen noch mehr zu vermindern.

Von der Automobilausstellung

Der Reichsverband der deutschen Automobilindustrie veranstaltet jetzt seine Ausstellungen in Berlin als Jubiläumsgedächtnis. 25 Jahre sind seit seiner Gründung vergangen. Es bezieht sich daher, zunächst einen Ausblick auf die geschichtliche Entwicklung zu machen, um die Entwicklung des deutschen Automobils, die wir alle mit Interesse haben, durch Augenblicke in unsere Geister wieder aufzurufen. Der Firma Daimler-Benz gelang es zuerst, im Jahre 1891 nach langen Versuchen einen Benzinmotor so in eine offene Karosse einzubauen, daß diese sich mit einer Geschwindigkeit von 5 bis 13 (4) Kilometern auf einer Straße fortbewegen konnte. Dies war der selbstföhrnde Apparat mit einem Automobil nach unserer jetzigen Auffassung. Wenn etwas gemeint hat, das Daimler, in Deutschland die „erste Motorstraße“ gebaut zu haben, gehört den gewandten Entdeckern. Ein 2 PS-Motor war in einem kastenförmigen Kasten über der Hinterachse der Karosse eingebaut. Ein fast unmerkliches Gemische von Sägen, Feilen, Sägen, Schraubern, Klempnern, Holzschreibern und Eisen- und Kupferarbeiten bildete die Betriebsmaschine der Karosse. Der Fahrer saß mit einer Anzahl von Röhren und Ventilen ausgestattet. Ein Lenker lenkte man nach hinten. Es war eher nicht weiter als eine Karosse mit Gummirädern, die ohne Pferde fuhr. Auch in den folgenden Jahren war „Schiffes und Kanoe“ denkwürdig. Das damals beliebte hochradige Karosse nachgebildet, von einem eigenen Automotorantrieb war noch keine Rede. Im Jahre 1895 kam die erste Panhard mit auf. Die Entdeckung der Panharder Panharder in Hannover herrschen einen von ihnen gebaueten Motorwagen damit. Es war die Panharder Panharder ging man dann über, sich dem Selbstföhrer loszulassen und eigene Wege zu gehen. Die Panharder Panharder der Motor nach dem unter einer Panne, das erste Eisenrad in Form noch geschwelliger Form erschien. Dann aber geht man zum Panharder Panharder. Der Motorwagen, das Automobil hat seine Kinderjahre

hinter sich. Sicher ist es Benz, der 1891 einen Rennwagen baute, der mit einer 200erigen Maschine den Weltrekord mit 24 Kilometern die Stunde hält. Der Motor mit 4 Zylindern ist groß, flüchtig, ohne Schwanz in Form und Linie; er füllt die lange Motorhaube glücklich voll. Und doch, wenn ein Weg der Entwicklung in 20 Jahren! Deutsches Ingenieurgenie und deutscher Arbeitergeist haben diese Entwicklung geleistet, maßgebend beeinflusst. Die neuesten Formen dieser Motorwagenentwicklung sind dann in der eigentlichen Ausgestaltung zu sehen. Frachtwagen zeigen den hohen Stand erster Automobilindustrie, in glänzender, geradezu verblüffender Ausgestaltung sind Bier-, Reis- und Milchzylinderwagen zu finden. Die Reizung geht dahin, den Zylindermotor durch den leistungsföhrigeren und gewandelter arbeitenden Sechszylinder- und Achtzylinder zu ersetzen. Die Koppelung des Zylinderblocks wird immer vollkommen. Man erkennt nichts mehr an einem Motor. Die ganze Maschine ist ein geschlossenes Gebilde, bei dem weder die einzelnen Zylinder, noch die Ventile und Ventillängen zu unterscheiden sind. Stand, Geschwindigkeit, Benzinverbrauch durch ätzende Eingriffe sind ferngehalten, das Antriebsrad des Motors wird vom elektrischen Anlasser bewegt, automatische Ventillöhrung und Hochdruckschmierung sorgen für lange Lebensdauer, Wartungsarbeiten sind überall angebracht, der Automotorantrieb scheint auf der Höhe seiner Entwicklung. Alle Schalter sind in das Innere des Wagens verlegt, die alten Jahrbuchgerichte durch einfache Reibungsmechanismen ersetzt. So zeigen sich die neuesten Modelle auf einem technischen Fortschritt, dessen weitere Entwicklung der Zeit sowohl wie der Zukunft mit Recht erwarten darf. Allerdings, ein Abwärtsschritt auf dem Wege zum Volksauto ist die Ausgestaltung noch nicht. Nur deshalb wenig Firmen blühen sich mit der Fabrikation des Kleinwagens, der, unter annehmbaren Leistungsbedingungen abgesetzt, auch für den kleinen Mann, den Arbeiter, Angestellten und Beamten erschwinglich wäre. Opel hat seinen Lambroch angebahnt, er ist zum Teil mit geschlossener Karosserie

Um das Recht der Betriebsräte

Der Artikel 165 der Reichsverfassung lautet in seinem ersten Absatz: „Die Arbeiter und Angestellten sind dazu berufen, gleichberechtigt mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken. Die beidenseitigen Organisationen und ihre Vereinbarungen werden anerkannt.“

Nach dieser Bestimmung der Verfassung sind also beide, Arbeiter und Unternehmer, in den wirtschaftlichen Dingen gleichberechtigt. Diese Bestimmung wird noch ergänzt durch das Betriebsrätegesetz, das in seinem § 66 Absatz 1 verlangt, daß der Arbeiter in Betrieben mit wirtschaftlichen Zwecken die Betriebsleitung durch Rat zu unterstützen hat, um dadurch mit ihr für einen möglichst hohen Stand und für möglichst wirtschaftliche Betriebsleistungen zu sorgen.

Comit haben Verfassung und Gesetz den Arbeiter zum gleichberechtigten Mitwirkenden in der Wirtschaft wie im Betriebe gemacht. Die Wirklichkeit sieht indessen ganz anders aus, als es Verfassung und Gesetz bejahen. Die alte Wahrheit, daß Macht vor Recht geht, gilt trotz Verfassung und Gesetz. Das Unternehmertum kämpft mit allen Schlägen und Wiffen und mit großer Rücksichtslosigkeit gegen alles, was seine Allmacht oder Willkür beeinträchtigen könnte. Der tägliche Feilschen und Zeren, das Drücken und Würgen der Unternehmer miteinander, der Weis, wie sehr sie darauf aus sind, den Arbeitern die Gleichberechtigung im Wirtschaftsprozess streitig zu machen.

Soll der Arbeiter die ihm vom Betriebsrätegesetz auferlegte Pflicht erfüllen, also für „möglichste wirtschaftliche Leistung des Betriebes“ sorgen, dann muß er natürlich mit der Produktion, dem Absatz und dem finanziellen Stand des Betriebes vertraut sein. Wie kann er dies aber, wenn ihm der Unternehmer jede Einsicht in den Stand und Gang des Betriebes verweigert? Der Unternehmer will den Arbeiter nicht als Gleichberechtigten anerkennen. Für den Unternehmer ist der Arbeiter nichts als eine Sache, die möglichst billig gekauft und möglichst stark ausgenutzt werden soll. Darum verweigert der Unternehmer dem Betriebsrat die Einsicht in den Stand und die Geldgebarung des Betriebes und sucht die gesetzlich verbürgte Gleichberechtigung zu hintertreiben.

Um so mehr muß es Aufgabe der Arbeiter sein, den Kampf für die Durchführung der gesetzlichen und verfassungsrechtlichen Bestimmungen zu führen. Beim Inkrafttreten des VVG haben die Unternehmer gegen die Freistellung von einem oder mehreren Betriebsräten selten Einwendungen gemacht. Die Betriebsräte wurden mit Arbeitern beschäftigt, die teilweise mit dem VVG nichts zu tun hatten. Wir erinnern nur an den Verkauf von Lebensmitteln und Bedarfsartikeln. Dann kamen ununterbrochene Lohnverhandlungen und Abmachungen und deren Durchführung in den Betrieben. Dazu die ewigen Unord- beschwerden. Dies ging bis zur Stabilisierung der Markt. Dann kamen die Entlassungen, wodurch der Betriebsrat mit den Einsprüchen und Vermittlungen belastet wurde. Wir sehen also, daß das Streben der Unternehmer, die Betriebsräte von ihren eigentlichen Aufgaben abzulenken, durch die Zeitumstände erleichtert wurde. Nun kam die Umstellung in den Betrieben. Jetzt wäre die Möglichkeit gegeben gewesen, den Betriebsrat seinen eigentlichen Aufgaben zuzuföhren. Gerade bei der Umstellung hätte der Betriebsrat eine praktische Erfahrung mit in die Praxis bringen können und müssen. Das wäre sicherlich für manchen Betrieb von großem Nutzen gewesen. Wo aber hat man dies getan? Das Gegenteil war die Regel. Der Betriebsrat wurde ausgeschaltet, nur in wenigen Fällen war man so gnädig, seine Verbesserungsvorschläge anzuhören, aber nicht auszuführen, um ja nicht den Verdacht aufkommen zu lassen, daß auch ein simpler Arbeiter betriebsräteähnliche Verstandnis besitzt.

Mit dem Einsetzen der Streik hielten die Unternehmer die Zeit für gekommen, neben dem Herabdrücken der Löhne und Abschneide auch die Rechte der Betriebsräte zu beschneiden. Zunächst galt es, die Betriebsräte, die freigestellt waren, in die Arbeit zu feden und ihnen nur noch äußerst geringe Zeit zu lassen für die Betriebsrätearbeit. In diesem Verfuhe wurden lächerliche Ausreden, wie Sparen im Betrieb, geringe Belegschaft usw. gebraucht. Zuweilen auch wurde das schwerste Geschäft aufgeschoben. In nicht wenigen Fällen riefen die Unternehmer die Gerichte zur Entscheidung an. Leider ist ein Teil von ihnen auf das Kammergericht der Unternehmer herein gefallen und hat gefehl- waldrige Urteile gefällt. Geschwindig, weil Vereinbarungen, die eine Bindung oder Beschränkung der Zeit, die der Betriebsrat braucht, um seine Betriebsrätepflicht zu erfüllen, nach dem Betriebsrätegesetz un- haltbar sind. Diese Tatsachen haben die Gerichte zu beachten.

Nun kämpfen die Unternehmer ja nicht um die paar hundert Stunden, sondern um den Grundtag. So haben auch viele um den Grundtag zu kämpfen. Falls solche Klagen beim Arbeitsgericht anhängig sind, haben wir mit aller Schärfe herauszugeben, daß die Betriebsrätearbeit sich nicht erstrecken darf auf Vermittlung bei allen möglichen Beschwerden, sondern daß dem Betriebsrat Zeit und Gelegenheit gegeben sein muß, im Produktionsprozess mitzuwirken, um dem VVG und Artikel 165 der Verfassung Rechnung zu tragen. Es muß auch darauf gedrungen werden, daß im Tenor der Urteilsbegründung dies mit aller Deutlichkeit ausgedrückt wird. Gerichte sind da, um den Gesetzen Achtung zu verschaffen, und dort, wo dies versagen wird, haben wir nachzuhelfen. Dem Kampf der Unternehmer, dem Arbeiter die Gleichberechtigung im Wirtschaftsprozess streitig zu machen, muß der Kampf der Arbeiter um Anerkennung der gesetzlichen Rechte entgegengerichtet werden. (Gg., Karlsruhe)

Der Deutsche Zweig der Internationalen Frauenliga für Freiheit und Freiheit richtete an den Reichstag, den Reichsrat und die Reichsregierung ein Gesuch: keinerlei Reichsmittel zu bewilligen zur Errichtung eines Ehrenmales für die im Weltkrieg Gefallenen, solange die deutsche Republik noch unter dem Schandmal leidet, noch lebende Kriegsverwundete mit jämmerlichster Reue ihr Dasein fristen lassen zu müssen, und bevor nicht die allgemeine Wohnungsnot als Kriegsfolge behoben sei.

Versehen worden, dadurch aber nicht billiger geworden. Der billigste Wagen für rund 3000 M ist bei aller Hochachtung vor der Güte des Fabrikates immer noch zu teuer, und das insbesondere bei der künstlich medergehaltenen Kaufkraft der großen Masse. Der „Leine Hanso“ ist etwas billiger, er ist aber in Formen gehalten, die nicht jedermanns Geschmack sind. Einen wirklich guten Kleinwagen baut die Magneton-Motoren-V. G. in Weigensee bei Berlin. Sie liefern einen Dreizylinder 1/2 PS Vierzylinderwagen in vollkommener, gewohnter Automobilform für 3400 M. Er fohrt als mit 1. Liter Verbrauchswagen besonders für den Stadtverkehr Beachtung finden, besonders wenn man seine Motorenanlage berücksichtig. Derselbe Firma baut einen 1/2 PS Vierzylinder-Dreizylinder für 4000 M, der nur 14 Zentner wiegt und in der Ebene 70 Kilometer fohrt. Alle diese Wagen sind gut durchkonstruiert, stehen technisch auf der Höhe. Ihr verhältnismäßig geringer Preis ist nur möglich durch weitgehende Zeitarbeit, die sich bei Opel und Panomag bis zur Hand- und Fleißarbeit steigert. Vielleicht darf man doch noch die Hoffnung haben, daß ein Kleinwagen entsteht, der den Leuten mit schlanter Geldbeutel erreichbar ist. Die angezeigte Auflockerung der Großstädte durch mit hinausgeschobene Siedlungsbanden machen die Ausgestaltung des Verkehrs zur zwingenden Notwendigkeit, wobei dem Volksauto sein Anteil zugewiesen sein wird. In der Siedlung fallen die Unkosten für Wagenhaltung fort; ein Unterbringen des Kleinautos ist ungleich einfacher als in der Großstadt, mit einem Wort, die wesentlichen Vorbedingungen scheinen gegeben.

Die Motorräder sind in allen erdenklichen Arten und Größen angefertigt. Hier strebt man dahin, den einfachen Zweitaktmotor durch den zwar komplizierteren, dafür aber leistungsföhrigeren und zuverlässigeren Viertakt zu ersetzen. Die Preise sind merklich gesenkt, obwohl Form und Ausführung musterföhrig sind. In der Lastwagenhalle finden sich Wagen für alle erdenklichen Zwecke. Hier beginnt sich die Konstruktionsbreite durchzusetzen. Sie wirkt nicht

Harthörnig wie immer

Die gewerkschaftlichen Spitzenverbände fordern, wie hier schon mitgeteilt wurde, ein Notgesetz, das die sofortige Wiederherstellung des Achtstundentages vorsieht. Eine gerechte Forderung in einer Zeit, wo die Nationalisierung so massenhaft Arbeitskräfte freisetzt und in anderen Ländern, namentlich in Amerika, praktisch gezeigt wird, wie es möglich ist, die Arbeitszeit auf fünf Tage oder 40 Stunden in der Woche zu verkürzen. Es ist ein Widerspruch, besonders in der Zeit, wo die Arbeiter durch die technische Vervollständigung der Industrie Arbeitskräfte freigesetzt werden und damit das Willkürherrscher der Arbeitslosen verewigt werden soll, und auf der andern Seite eine unheimlich lange Arbeitszeit aufrechterhalten wird. Deshalb fordern die Spitzenverbände die sofortige Wiederherstellung des Achtstundentages, das heißt jenes Zustandes, wie er vor der Reaktionsperiode Ende 1923 bestand. Es war vorauszuweisen, daß sich die Unternehmer gegen die Forderung der Gewerkschaften wenden würden. Die Kundgebung der Unternehmerverbände hat folgenden Wortlaut:

„Die Spitzenorganisationen der deutschen Arbeitnehmer haben sich mit einer gemeinsamen Entschliessung an die Öffentlichkeit gewendet, in der zur Forderung der Arbeitslosigkeit die sofortige Wiederherstellung des Achtstundentages im Wege eines Notgesetzes verlangt wird. Hierzu erklären wir, daß ein solcher Eingriff in die Produktionsgrundlagen der deutschen Wirtschaft nach der wirtschaftlichen Seite eine Verminderung der Produktionsleistung und damit letzten Endes eine Preisversteigerung mit allen ihren verhängnisvollen Folgen nach innen und außen nach sich ziehen müßte. Vor allem aber würde dieser Schritt keine irgendwie ins Gewicht fallende Wiedereinstellung von Arbeitslosen zur Folge haben, wohl aber in seinen weiteren Auswirkungen die auf Leistung zu bezugnehmende Arbeitslosigkeit sicher nur noch verstärken. Die Arbeitszeit, wie sie jetzt in der deutschen Wirtschaft gehandhabt wird, ist auf gewaltiger Grundlage im Einvernehmen mit den deutschen Arbeitnehmern (?) so gestaltet worden, wie es den Lebensbedürfnissen der deutschen Wirtschaft zur Überwindung der aus dem Kriege, der Inflation und den weltwirtschaftlichen Veränderungen hervorgegangenen Schwierigkeiten entspricht. Die heutige, leider vielfach zu optimistisch angelegene, unserer Überzeugung nach durchaus ernste und nicht gesicherte Lage der deutschen Wirtschaft erlaubt es nicht, unsere Produktion so schweren Erschütterungen aussetzen, wie sie die von den Gewerkschaften verlangte gesetzgeberische Maßnahme unserer letzten Überzeugung nach mit sich bringen würde. Wir wenden uns daher mit größtem Ernst wachsend sowohl an die Reichsregierung wie auch an die politischen Parteien mit der dringenden Bitte, das dem gesamten Volke drohende Unheil abzuwehren.“

Diese Erklärung ist unterschrieben von der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, dem Reichsverband der Industrie, vom Industrieverband und Handelsverband, Reichsverband der Bankleitungen, Zentralverband des Bankens und Bankiergewerbes, Hauptgewerkschaft des Einzelhandels usw. In der Feindschaft gegen den Achtstundentag hat sich, wie die Liste zeigt, alles zusammengefunden, was von der Ausbeutung der arbeitsschaffenden und verbrauchenden Masse lebt. Diese Herrschaften können leicht eine lange Arbeitszeit für die — andern fordern, da sie davon ja nicht betroffen werden. Indessen ist die Arbeiterfeindschaft, die die wohlgenährten Herren von Handel und Industrie hier auf neue setzen lassen, noch nicht einmal das Ärgste. Schlimmer noch ist ihre wirtschaftliche Beschränktheit, die — um mit Ford zu reden — dumme Gesichtslosigkeit. Wenn diese Herren sich nur ein wenig über ihre Feldweidlichkeit erheben, müßten sie erkennen, daß durch die Arbeitszeitverkürzung die Arbeiter schaffensfreudiger und leistungsfähiger werden, wodurch Erzeugung wie Absatz gefördert wird. Solche einfache Weisheit aber vermögen sie nicht zu fassen, sondern sie folgen dem Huhn gleich dem Kreidestrich, den einst wirtschaftliche Unvernunft zog.

Das Geseire, womit die Unternehmerverbände ihre Feindschaft gegen den geschlossenen Achtstundentag begründen, ist schon so oft gemacht und so oft widerlegt worden, daß es überflüssig ist, sich noch damit zu beschäftigen. Das ist ja das Uebel in Deutschland, daß seine Wirtschaft einem Feldweideln ausgesetzt ist, das keinen neuen, keinem fruchtbringenden Gedanken zugänglich ist und mit dem insfolgebessenen eine Erörterung ganz ausichtslos ist. Diese Kundgebung beweist einmal mehr, wie recht die deutschen Gewerkschaften hatten, als sie die Silberbergische Behauptung von der geistigen Wandlung des deutschen Unternehmertums als eine kindliche Mär behandelten. Da unser Unternehmertum hoffnungslos verfallt ist, müssen die Arbeiter dafür sorgen, daß durch diese Verfallung die Wirtschaft und Arbeitskraft nicht noch mehr geschädigt werden. So einig, wie die Unternehmer sind, wenn es gegen die Arbeiter geht, so einig muß diese sein, wenn es um ihre eigene Sache, das ist die Wohlfahrt der überwältigenden Mehrheit des Volkes geht. Die Einigkeit der Arbeiterkraft muß sich vor allem darin offenbaren, daß alle Arbeiter sich ihren Gewerkschaften anschließen und ihre Waren in ihren eigenen Läden, im Konsumverein kaufen. Mit einer derartigen Einigkeit wird der Beschränktheit des Unternehmertums bald abgeholfen sein.

Der Werksgemeinschaftsgebäude ein Hirngebinde

Man schlägt eine Sache am besten mit den Äußerungen ihrer eigenen Anhänger tot. Mit dem Werksgemeinschaftsgebäude hat das Professor Dr. Lenz von der Universität in Erlangen auf der Tagung des Bundes für Nationalwirtschaft gründlich befragt. Besser wie er, der Anhänger der Werksgemeinschaft, könnten es auch wir, die Gegner nicht tun. Seine Begeisterung für diese Sache hat ihn nicht abgehalten, in aller Sachlichkeit die unüberwindlichen Schwierigkeiten der Verwirklichung der Werksgemeinschaft darzutun.

Der Herr Professor führte aus, daß viele die Werksgemeinschaft für eine schöne Idee, für ein Hirngebinde hielten, und das sei ganz richtig. Sie hätte vor vier Jahrzehnten, als die kapitalistische Entwicklung noch am Beginn war, verständlich und fruchtbar werden können; aber damals hätten die Unternehmer kein Verständnis dafür gehabt. Heute jedoch, wo viele Unternehmerränge sie gerne einführen möchten, fehlen alle Voraussetzungen dafür. Heute stelle sich die Wirtschaftsentwicklung dem Werksgemeinschaftsgebäude entgegen. Der ursprüngliche Unternehmer habe in dem langsamen Emporkstieg seines Betriebes das Ziel seines Lebens, überhaupt das Ziel seines ganzen Geschlechts erblickt. Seine Teilnahme am Werk sei mit diesem Ziel gemacht. Mit der unpersonlichen Form der Aktiengesellschaft aber, die sich eine Vielzahl von Besitzern teile, sei das ganz anders geworden. Es habe in den Unternehmen eine Umwandlung der Wesenheit stattgefunden, und in diesem Wesenheitswandel erblickt Lenz das größte Hindernis für den Werksgemeinschaftsgebäude. Heute werde nur geschallt, um recht viel Geld zu verdienen. Das Unternehmen als solches sei den Aktionären ganz wurscht. Die Arbeit des Unternehmers, des Leiters sei eine ganz andere geworden; er habe jetzt eine ganz andere Vorstellung von der Arbeit. Er entschwende der ganzen Vorstellungswelt der Arbeiter. Daher lägen in dieser Abänderung der Leitung neue Schwierigkeiten des Werksgemeinschaftsgebäude. Die Form der unpersonlichen Aktiengesellschaft habe eine vollkommene Trennung von Kapital und Arbeit herbeigeführt. Die gegenseitigen Beziehungen seien verflüchtigt, unpersonlich geworden. Zur Gemeinschaft im Sinne einer Werksgemeinschaft gehöre aber eine innere Verbundenheit von Unternehmer und Arbeiter, die nicht vorhanden sei. Der Augen der Aktionäre seien die entscheidenden, für den Erwerb von Aktien fast immer maßgebenden Gründe. Das Unternehmen gehöre einer „unabhängigen, auseinanderlaufenden gallerartigen Klasse von Aktionären“, die kein anderes Streben hätten, als eine hohe Rente aus dem Unternehmen zu erhalten. Da könne sich keine Gesinnung entwickeln. Der Werksgemeinschaftsgebäude erfordere auch die Vordenständigkeit der Arbeiter, Verständigkeit von Arbeitern und Unternehmern. Wer aber heute hier, morgen dort sein könne oder müsse, dem könne sich kein Heimatsgefühl und kein Gefühl der inneren Verbundenheit mit dem Werk entwickeln. Der Arbeiter müsse auch das Gefühl der Aufstiegsfähigkeit mit möglichst vielen Zwischenstufen haben.

Die gleichen unumgänglichen Voraussetzungen des Werksgemeinschaftsgebäude werden in dem neuesten Heft der Monatschrift Die Tat in einem Aufsatz über Volksgemeinschaft angeführt. Darin heißt es:

„Die Massen in ihrer Formlosigkeit, ihrer Entfremdung von Schule und Haus, ihrer Lurzellosigkeit und Unfestigkeit sind das größte Hindernis für Gemeinschaft. Denn diese ist nur möglich innerhalb einer beschränkten Zahl. Wo die Zahl beliebig wächst oder abnimmt, ist für sie kein Boden. Wie soll sich zum Beispiel unter den Angehörigen nur eines Unternehmens Gemeinschaft bilden können, wenn die Zahl der Werksgemeinschaftigen je nach Zeit und Umständen zwischen 3000 und 6000 schwankt? Werksgemeinschaft ist nur da möglich, wo sich die Zahl der Werksgemeinschaftigen und diese selbst gleich bleiben; nicht aber dort, wo Zu- und Abgang großen Schwankungen unterworfen sind. Dieses Problem der Bevölkerungsbewegung läßt sich nicht gesondert von der ganzen Wirtschaftsstruktur betrachten. Das wichtigste Merkmal der heutigen Wirtschaftsstruktur ist, daß sie zum größten Teil aus unberechenbaren Absatz eingestellt ist, also auf Weltwirtschaft. Weil dieser Absatz infolge der wechselnden Bedürfnisse, der Entwicklung fremder Industrien, der Preisgestaltung usw. immer großen Schwankungen — besonders in den kommenden Jahrzehnten wegen der ständig wachsenden Emanzipation der Kolonialvölker (China, Indien, Afrika) — unterworfen bleibt, muß auch der Bedarf an Arbeitskräften im selben Maße schwanken bleiben; Elastizität und Vordenständigkeit sind also ausgeschlossen.“

Man muß es dem Vortragenden Dr. Lenz lassen, er hat die Schwierigkeiten der Werksgemeinschaft einleuchtend dargestellt. Er glaubt allerdings, daß sie überwunden werden könnten, aber nicht, wie er sich ausdrückt, durch die Theorie, sondern lediglich durch die praktische sich anstrebende Gesinnung der Unternehmer. Es ist möglich, daß er daran glaubt. Die Werksgemeinschaft ist ein Hirngebinde, eine Verleumdung der tatsächlichen Verhältnisse. Der Verwirklichung des Werksgemeinschaftsgebäude müßte zuerst eine Rückführung der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsform auf eine frühere Entwicklungsstufe vorausgehen. Und das auch nur auszusprechen, ist sinnlos. Lulula.

Erleichterung internationaler Hilfe

Auf dem kürzlich abgehaltenen Kongreß des Niederländischen Gewerkschaftsbundes wurde wirksamer internationaler Hilfeleistung willen der äußerst wichtige Beschluß gefaßt, daß der Vorstand in Absprache mit den angeschlossenen Organisationen bei Streiks und Ausperrungen in anderen Ländern aus der Streikliste sofort einen Betrag bis zu 10 % des Klassenbestandes zur Verfügung stellen kann. Ebenso können bis zur gleichen Höhe ausländischen Gewerkschaften Anleihen gewährt werden. Es wurde ausdrücklich festgesetzt, daß es sich dabei nur um Hilfsaktionen handeln kann, die vom Internationalen Gewerkschaftsbund eingeleitet werden.

Die vor fünf Jahren gegründete und mit einem wöchentlichen Beitrag von 3 Cent als Mitglied gespeiste Streikliste des Niederländischen Gewerkschaftsbundes ist für holländische Verhältnisse sehr stark und umfaßt zurzeit mehr als eine Million Gulden. Die An-

Geschichten

Jahrbuch des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes von 1925. Schon beim Durchblättern dieses Buches nimmt man mit Staunen wahr, wie vielfältig die Tätigkeiten unseres Gewerkschaftsbundes und seines Vorstandes geworden ist. Das Buch behandelt die deutsche Wirtschaft, die Handelspolitik, die Wirtschaftskrisis, die Unterdrückung der Erwerbslosen, den Kampf um den Achtstundentag, die Lohnpolitik der Gewerkschaften, den zahlenmäßigen Stand der Gewerkschaften und vieles andere mehr. Bei fast jedem dieser Gebiete wird von dem Geleiteten und dem noch zu Lebzeiten der Gewerkschaften gesprochen. Dabei werden einem die Widerstände wieder gegenwärtig, mit denen die organisierten Arbeiter in ihrem Ringen um Teilnahme an den von ihnen geschaffenen geistigen wie wirtschaftlichen Gütern zu rechnen haben. Aber auch die Erfolge werden sichtbar, die die Gewerkschaften trotz aller Nennnisse und Nöte errungen haben. Wer sich einen zutreffenden Begriff von der Leistung des Gewerkschaftsbundes und seiner Glieder machen will, dem kann dieses Jahrbuch nur empfohlen werden. Es ist eine wahre Fundgrube von Stoff für den wüßbegierigen Arbeiter und ein bereites Zeugnis von dem segensreichen Wirken der ADGB. Das Jahrbuch ist von der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S 14, zu beziehen.

Sozialer Ratgeber. Von August Karsten. 1.60 M. 3. Auflage. Das müssen die Arbeiter und Rentempänger wissen über Kranken-, Unfall-, Invaliden-, Angestellten- und Knappschaftsversicherung, Kriegsgeldbesitzverteilung, Erwerbslosen- und Schwerbeschädigtenfürsorge, Reichsarbeiter- und Reichsbahnarbeiterpensionen und soziale Fürsorge. Eine Antwort auf die vielen wichtigen Fragen gibt der „Soziale Ratgeber“. Das Buch ist zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder den Verlag des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden, Berlin W 35, Genthinerstr. 34.

nahme des obigen Beschlusses ist demnach keine leere Geste, sondern ein tatsächlicher Beweis internationaler Hilfsbereitschaft. Der Beschluß wurde gefaßt, um bei ersten Konflikten in anderen Ländern sofortige tatkräftige Hilfe leisten zu können.

Sowohl anlässlich des großen Arbeitskongresses in Dänemark im Jahre 1925 als auch bei der Einteilung des Genstrafes in England hat es sich in der Tat gezeigt, daß Hilfe nicht mit der gewünschten Promptheit geleistet werden kann. Es ist deshalb sehr zu begrüßen, daß eine den IGG angeschlossene Landeszentrale, die übrigen in der Vergangenheit bei jedem Aufruf des IGG große Summen zur Verfügung stellte, durch diesen Beschluß eine noch schnellere Hilfeleistung ermöglicht.

Die Stärke der amerikanischen Metallarbeiterverbände

In Nordamerika sind, wie genugsam bekannt, die organisierten Arbeiter in überaus viele Organisationen zerstückelt. Dies gilt, abgesehen von dem Bergbau, für alle Gewerbe, besonders auch für die Metallindustrie. Nach dem neuesten Bericht des amerikanischen Gewerkschaftsbundes, der vom 4. Oktober 1926 datiert ist, verteilen sich die organisierten Metallarbeiter folgendermaßen:

Verband der	Mitglieder	Verband der	Mitglieder
Elektriker	142.200	Gießereiangestellten	8500
Maschinenbauer	71.400	Ofenmonteure	1600
Mohlräder	45.000	Zeichner	700
Dampfmaschinen	27.000	Eisenkonstruktoren	19.100
Klempner	25.000	Eisen- und Stahlarbeiter	10.000
Formen	24.400	Aufzugbauer	9500
Metallschmiede, Schiffbauer	14.500	Hufschmiede	12.000
Metzer und Schmiedler	8000	Gold- und Silberarbeiter	700
Metallpolierer, Drücker	6000	Drahtweber	400
Modellmacher	7000	Metallgraveure	100
Juwelierschmiede	5000		

Demnach verteilen sich die Metallarbeiter auf 21 Verbände mit insgesamt 421.000 Mitgliedern. Da der Gewerkschaftsbund alles in allem 2.888.000 Mitglieder zählt, machen die Metallarbeiterverbände etwa 15 % seines Bestandes aus. Nach der Föhlung, die das Washingtoner arbeitsstatistische Amt letztes Frühjahr vorgenommen hat und die sich auf alle gewerkschaftlich vereinigten Leute erstreckt, gibt es in den Vereinigten Staaten außer den hier oben angeführten Verbänden noch vier, deren Gesamtmitgliedschaft jedoch nicht an 10.000 heranreicht. Die dem Gewerkschaftsbund angeschlossenen Metallarbeiterverbände sind noch in Karteileten verbunden, und zwar gehört ein Teil dem Metallarbeiter, der andere dem Bauhandwerkerverband, die beiden Kartelle gleichzeitig. An dem Metallarbeiter gehören die ersten 14 Verbände mit 353.000 Mitgliedern der obigen Auflistung an. Die Vertreter der Kartelle versammeln sich alljährlich kurz vor dem Gewerkschaftskongreß zur Beratung der ihnen (verbunden) gemeinsamen Angelegenheiten.

Ermahnung aus Chicago

Ein jetzt in Chicago anlässiger Kollege schreibt uns unter anderem: „Vor ein paar Wochen verließ ich, sollte er sein Verbandsbuch in Ordnung bringen und sich ordnungsgemäß abmelden. Dadurch sah ich mich zum ersten Mal in den amerikanischen Metallarbeiterverbänden (International Association of Machinists), das ist die Gewerkschaft, die die meisten Metallarbeiter vereint. Für Kollegen, die nach Chicago kommen, besteht eine deutsche Ortsgruppe dieses Landes, die sogenannte „Freiwillige 337“, die jeden ersten und dritten Montag im Monat in Freierstraße 1338, N. Cass Street, ihre Versammlungen abhält. Hier finden die deutschen Kollegen Rat von gleichgesinnten Genossen. Die Gewerkschaft, die in Amerika ja anders eingeteilt ist als in Deutschland, macht sich zur Aufgabe, für ihre Mitglieder geschlossene Werkstätten (union shops) zu schaffen, wo ein ausländischer Lohn bezahlt wird, die 44-Stundenwoche besteht, doppelte Bezahlung der Überstunden und anständige Behandlung verbürgt wird und wo es keine Arbeitslosigkeit gibt. Zwar soll damit nicht gesagt sein, daß der antonimende Kollege gleich am nächsten Tage schon in einer Gewerkschaftsgruppe (union shop) eingegliedert wird, aber die Anwartschaft darauf hat er. Es gibt hier in einzelnen Orten Gewerkschaftsgruppen, die von den zureisenden Kollegen auch Eintrittsgeld einziehen, aber auf Grund des Statuts (Artikel 6, § 6) steht jedem aus dem Auslande kommenden Kollegen, der sein Buch in Ordnung hat, kostenfreie Aufnahme zu, und er gilt als vollberechtigtes Mitglied. In Amerika verjagt jeder die Unkonflikte, die „Gründhörer“ zu tun, wo er kann. Es gibt hier Gewerkschaften, die 200 bis 300 Dollar Aufnahmegebühr verlangen, einige nehmen überhaupt keine Ausländer auf.“

Wir in Amerika brauchen gute deutsche Gewerkschaftler noch mehr als alles andere. Will es doch, den Geist der deutschen Organisation auch in die amerikanische Arbeiterbewegung zu tragen, wo es ja noch Gewerkschaften gibt, die in bezug auf ihre geistige Einstellung der deutschen Bewegung gegenüber um 50 Jahre zurück sind. Wir begrüßen jeden entomimenden Kollegen, der mit uns arbeitet und uns hilft, unsere deutsche Ortsgruppe zu verstärken. Jeder Kollege, der nach Chicago kommt, melde sich sobald als möglich bei dem Finanzsekretär der genannten Ortsgruppe, Mr. Carl Edlimbach, 4340 N. Dallas Ave. Hier können auch die Kollegen anfragen, die nach anderen amerikanischen Städten kommen und dort keinen gewerkschaftlichen Anschluss finden. Diese Ortsgruppe unterhält eine technische Abendschule für ihre Mitglieder, was für die antonimenden Kollegen von außerordentlicher Wichtigkeit ist, da sie hier ihre Berufswissen vergrößern können, damit sie nicht von profitgierigen Unternehmern, die mit Vorliebe „grüne“ Arbeiter einstellen, ausgedeutet werden. Aug. Bippere.

Besucht die Mitgliederversammlungen!

Unser Verband ist eine Demokratie. / Jedes Mitglied ist zur Mitentscheidung berufen. / Wer sich des Rechtes der Mitentscheidung nicht begeben will, muß in die Versammlungen kommen. /

nur auf den Triebwagen, sondern wird auch auf den oder die Anhänger gehieppt. Bei den schweren Lastzügen ist ja Bremen nicht so sehr eine Geschäftssache, wie bei den Personenzügen. Wo es Motoren sind nur wenig zu sehen. Neben den bekannten Breuermotoren mit ihrer horizontalen Anordnung der Zylinder stellt die Studer A.G. Bootsmotoren aus, die aber im Hinblick auf ihre Leistung reichlich groß erscheinen. Auf diesem Gebiet zeigt wiederum die Magnet A.G. einige schöne Typen, die bei hohen Umdrehungen angenehm leicht sind — bekanntlich ein Hauptvorteil besonders beim Kleinmotorboot. Die Firma verlegt sich zu einem annehmbaren Teilzahlungsplan. Auf dem Stand der Magnet A.G. ist auch ein besonders merkwürdiges Bootsmotoraggregat zu sehen: Ein Außenbordmotor für größte Leistungen. Er ist für Schiffsponats bestimmt, er kann in kürzester Zeit auf vorhandenen Schienen aufgesetzt werden, wiegt nur, weil vollkommen in Leichtmetall ausgeführt, etwa 5 Zentner und leistet 10 bis 12 PS. Die Leuchte vom Heck aus ins Wasser führende Schraubenanlage kann mittels flachgängiger Spindel um 20 Zentimeter gehoben werden, was in flachen Gewässern von großem Vorteil ist.

Die arbeit- und zeitsparenden Maschinen sind diesmal besonders wertvoll. Eine Hochleistungsströmmaschine fräst die Ober- und Basisflächen von Motorgehäusen bei zwei Versäufen in 52 Sekunden glatt. Der etwa 35 bis 40 Zentimeter im Durchmesser große Messerkopf vollbringt also eine großartige Leistung. Die Spira-Maschinen A.G. in Dresden zeigt besonders Hochleistungsalufagen, deren größtes Modell einen 100 Millimeter-Stahlnippel in etwa 6 Minuten durchschneidet. Derselbe Firma bringt auch Spezialbohrmaschinen auf den Markt, die für ungleich verteilte Bohrlöcher bestimmt sind und bis zu 22 Bohrer in einem Arbeitsgang bohren.

Zum letzten Male veranaltet die deutsche Automobilindustrie ihre Ausstellung als nationale Schau. Im kommenden Jahre werden auch die ausländischen Fabriken vertreten sein, um in friedlichen Wettbewerben mit den deutschen zu treten. Mag. Raehner.

Der Neue-Welt-Kalender für 1927. Unsere Leser kennen den illustrierten Neue-Welt-Kalender, der uns heute in der Ausgabe für das Jahr 1927 vorliegt. Sein vorzüglich gelungener Umschlag umschließt auf 80 zum Teil farbige ausgeführten Seiten alles, was von einem richtigen Volkskalender verlangt werden muß. Außer den vielen im Text verstreuten Bildern ist das Buch mit einer mehrfarbigen Bildbeilage ausgestattet, die das Gemälde „Kinderfest auf Höhe“ von Otto Engel wiedergibt. So ist auch dieser Neue-Welt-Kalender dazu angetan, wiederum viele neue Freunde zu gewinnen. Der Kalender ist für 80 S. durch alle Volksbuchhandlungen oder gegen Nachnahme vom Verlag Auer & Co., Hamburg 36, zu beziehen.

Tier und Pflanze. Von Annie Francé-Garrar. Geschichten von Unterdrücken und Verkannten. Herausgegeben vom „Bücherkreis“, Berlin S 61. 192 Seiten. Die bekannte Verfasserin, Gattin des Naturphilosophen Francé, hat mit diesem Buch, das der „Bücherkreis“ als drittes Werk der Jahresreihe 1926 (8. Band) herausbringt, ein Werk geschaffen, in dem wissenschaftliche Gründlichkeit sich mit hinreichender, poetischer Darstellungsweise paart, um den Leser in die Geheimnisse der Naturwelt, in das bunte und reizvolle Leben der Tiere und Pflanzen einzuführen. Man glaube nicht, daß dies alles in trockener, gelehrter Sprache vorgetragen wird, in einer Form, die gewisse naturwissenschaftliche Kenntnisse voraussetzt. Die Schrift liest sich wie ein dramatisch bewegter, fesselnder Roman, bloß daß hier außer dem ästhetischen Genuß noch die Freude hinzutritt, durch Einblick in die geheimnisvolle Werkstatt der Natur zu einer höheren und besseren Weltanschauung zu gelangen. Mit diesem Werk hat der Bücherkreis die Reihe seiner Veröffentlichungen durch ein gutes Buch ergänzt. Die Ausstattung in Einband, Druck und Papier ist vorbildlich gut. Wie alle Bücherkreiswerke kann auch dieses Buch nur derjenige erhalten, der Mitglied im Bücherkreis ist. Wegen Auskunft und Annahme wende man sich an die Zahlstellen (Volksbuchhandlungen) oder direkt an: Der Bücherkreis S. m. b. G., Berlin S 61, Belle-Alliance-Platz 6.

Die Gefahren leichter Unfallverletzungen

Von den zahlreichen Betriebsunfällen, die alljährlich bei den gewerblichen und landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften oder bei den staatlichen Ausführenden Behörden angemeldet werden, bleiben in der Regel zwei Drittel unentgeltlich. Daneben kommt eine große Anzahl von Unfällen überhaupt nicht zur Anzeige und wird deshalb von der Unfallstatistik nicht erfasst. In allen diesen Fällen handelt es sich um leichte Verletzungen, die eine wesentliche Beeinträchtigung der Erwerbsfähigkeit der Verletzten nicht hervorrufen und entweder von selbst oder nach kurzer ärztlicher Behandlung heilen. Den Verletzten erwächst daraus in der Regel kein weiterer körperlicher oder materieller Schaden. Doch nicht immer geht es so glimpflich ab.

Die aus der Nichtbeachtung anscheinend leichter Unfälle entstehenden Schädigungen sind mitunter sehr schwere, sowohl für den Verletzten selbst, als auch für seine Angehörigen. Bei einiger Vorsicht des Verletzten wie des behandelnden Arztes wären sie leicht zu vermeiden. Insbesondere sollte der Verletzte niemals veräußern, jede wesentliche Verletzung im Betriebe zur Anzeige zu bringen, aber ihr auch sonst die erforderliche Aufmerksamkeit zuwenden und für ihre sorgfältige Behandlung zu sorgen. Dazu gehört bei Wunden die sofortige Reinigung sowie ein entsprechender Verband, der das Eindringen von Schmutz oder sonstigen schädlichen Stoffen verhindert. Das Unfallversicherungsrecht erfordert eine Anzeige zwar nur dann, wenn durch den Unfall ein im Betriebe beschäftigter Arbeiter getötet oder so verletzt ist, daß er für mehr als drei Tage völlig oder teilweise arbeitsunfähig wird. Diese Vorschrift genügt im allgemeinen, doch nicht immer, wie der Unfall eines Arbeiters beweist, der bei der Arbeit stürzte, so daß er mit dem Hinterkopf hart auf den Boden aufschlug. Dadurch war er kurze Zeit benommen, erholte sich aber bald wieder und arbeitete weiter, weshalb eine Unfallanzeige nicht erstattet wurde. Seitdem litt er an ihm und wieder auftretenden Kopfschmerzen, die aber eine Erwerbsunfähigkeit nicht hervorriefen. So verging lange Zeit. Der Unfall war längst in Vergessenheit geraten, als sich bei dem Arbeiter Geistesstörungen einstellten, die zu seinem völligen Zusammenbruch und schließlich zum Tode führten. Der von seinen Hinterbliebenen geführte Rentenkampf war außerordentlich schwierig, endete aber doch mit der Anerkennung des Zusammenhanges zwischen Unfall und Tod.

Derartige Fälle mahnen dringend zur Vorsicht, denn wurde eine Unfallanzeige unterlassen, so ist es meist sehr schwer, oft sogar unmöglich, nachträglich einen Unfall sowie den Zusammenhang der später auftretenden Gesundheitschädigung mit ihm nachzuweisen oder mindestens als sehr wahrscheinlich glaubhaft zu machen, was zur Anerkennung der Entschädigungsansprüche der Berufsgenossenschaft unbedingt gefordert wird. Den dahingehenden Anforderungen zu genügen, ist da, wo die Unfallanzeige unterblieb, oft um so schwerer, weil die Verletzten selbst sich die ursächlichen Zusammenhänge eines später auftretenden Leidens mit dem Unfall nicht immer sofort bezeugen können, längere Zeit darüber verschweigen lassen, ehe sie einen Arzt zu Rate ziehen, und es auch veräußern, diesen von der mutmaßlichen Ursache ihrer Beschwerden zu unterrichten, ebenso wenig einen Entschädigungsanspruch erheben. Geschieht letzteres endlich, so ist oft bereits die Verjährung des Entschädigungsanspruchs eingetreten. Das Unfallversicherungsrecht fordert nämlich, daß, wenn die Unfallanzeige nicht von Amts wegen festgestellt ist, der Anspruch auf Entschädigung zur Vermeidung des Ausschlusses spätestens zwei Jahre nach dem Unfall bei dem Versicherungsträger angemeldet werden muß. Nach Ablauf dieser Frist kann der Anspruch nur noch geltend gemacht werden, wenn eine neue Folge des Unfalls, die einen Entschädigungsanspruch begründet, erst später, oder eine innerhalb der Frist eingetretene Folge erst nach Ablauf der Frist in wesentlicherem Maße, wenn auch in allmählicher, gleichmäßiger Entwicklung des Leidens bemerkbar geworden ist, ferner wenn der Verletzte an der Anmeldung durch Verhältnisse verhindert wurde, die außerhalb seines Willens liegen. In allen diesen Fällen ist der Anspruch binnen drei Monaten anzumelden, nachdem die Unfallanzeige oder die wesentliche Verschlimmerung bemerkbar wurde oder das Hindernis weggefallen ist. Werden diese Vorschriften nicht beachtet, so geht auch ein durchaus berechtigter Entschädigungsanspruch zur Verlust verloren, denn der Nachweis, daß die Entschädigungsforderung durch außerhalb des Willens des Verletzten liegende Verhältnisse unterblieb, ist in der Regel nicht zu erbringen.

Viel trägt zur Erzwörung einer Geltendmachung des Entschädigungsanspruchs bei, wenn der behandelnde Arzt die Klagen des Verletzten sowie den Hinweis auf seinen Unfall nicht beachtet. Ein Beispiel dieser Art bietet der Unfall eines Arbeiters, der durch ein von der Arbeitsstelle zurückgeschicktes Stück Holz an der Stirn verletzt wurde. Die Unfallanzeige unterblieb, weil der Arbeiter trotz langer Benommenheit und dem Eintreten vorübergehender Kopfschmerzen die Arbeit fortsetzte. Der behandelnde Arzt ignorierte den Klagen des Verletzten keine Beachtung, und als dieser schließlich in eine Strengeform aufgenommen werden mußte, begutachtete er das Leiden als Paralyse, angeblich als Folge einer typischen Anämie. In einem anderen Falle, wo ein Arbeiter beim Plündern von Früchten vom Baume stürzte und wegen der aufsteigenden Gerüche Schmerzen der Art erlitt, redete ihm dieser den Unfallzusammenhang aus und begutachtete seine Beschwerden als rheumatischer Natur, später nahm er aber infolge übermäßiger Alkoholgenusses an. So unterblieb die Unfallanzeige. Als später infolge der zunehmenden Beschwerden eine Anamnese der Verletzten Körperpartie vorgenommen wurde, stellte sich heraus, daß durch einen Halswirbelschaden.

Wie die Verletzungen durch Schlag und Sturz sind auch Kopf- und Gliedmaßen nicht ungefährlich. So wurde eine Arbeiterin eine leichte Schlagwunde am Arm, der für sie keine Bedeutung besaß, mit dem Besatz des rechten Beines für ein Übergehendes, ein Arbeiter eine durch einen aufsteigenden Dampfstrahl verursachte leichte Rippenwunde am linken Mittelfinger mit einer schweren Beeinträchtigung der Gebrauchsfähigkeit des Armes heilen. In beiden Fällen hätten diese Schädigungen berichtet werden können, wenn von der Verletzten die Verletzungen berichtet und für Behandlung der Wunde gesorgt worden wäre. Ähnliche schwere Folgen werden durch Querschnitte, Hautschürfwunden, Entzündungen von Splittern, Perforationen hervorgerufen. Bei jeder Verletzung ist besser zu viel als zu wenig Vorsicht am Platze. Aus den angegebenen Gründen sollten die in allen Verletzungsfällen zu beachtenden wichtigsten Vorschriften über die erste Behandlung von Verletzungen aufgezeichnet werden. Ihre gewissenhafte Befolgung kann manches Unheil verhindern. Jedoch aber sollte jede ernstliche Unfallverletzung zur Anzeige gebracht werden, um bei einer später auftretenden Beeinträchtigung der Erwerbsfähigkeit den Nachweis der Unfallursache einwandlos festzustellen. Bei eintretenden Verschlimmerungen der Unfallfolgen oder, die eine wesentliche Verschlimmerung der Arbeitsfähigkeit herbeiführen, sollte ebenfalls ein Entschädigungsanspruch gestellt werden, damit dem Eintritt einer Verjährung des Entschädigungsanspruches vorgebeugt wird.

Rechtsanwälte vor den Arbeitsgerichten

Später lesen wir in Nr. 43 der Leipziger-Zeitung: Die Tatsachen sind es, was in irgendeiner Form ihre Präzisierung vor den Arbeitsgerichten durchzuführen. Die Gerichte, die gegen die Präzisierung sprechen, sind oft genug demütiigt worden. Da aber der Inhalt des Beschlusses genügt, die Präzisierung der Rechtsanwaltschaft, was auch unter Berufung auf die, wie Folge des Streikverbotes und „schwere Schädigung“, doch demnach, erscheint es angebracht, einmal an einem konkreten Beispiel zu zeigen, was es heißt, wenn Rechtsanwaltschaft an Arbeitsgerichten beteiligt werden.

Nach Mitteilung der Leipziger-Zeitung vom 7. Oktober machte ein Arbeiter der Firma „Hörsing & Co.“ gegen die Kündigung eines Mannes wegen Diebstahls der Waare durch ein Arbeitsverweigerer. Der Kläger wurde nur ein Teil des eingeleiteten Prozesses, 21 M., geschätzt. Der Beklagte des Klägers wurde auf 20 M. geschätzt, der des Beklagten auf ein Konto festgesetzt. Die Kosten-

rechnung wurde von dem die Waare vertretenden Rechtsanwalt B. aufgestellt und vom Gewerbegericht in einem Kostenfestsetzungsbeschlusse anerkannt, während auf die Festsetzung einer Gebühr für das Gewerbegericht selbst verzichtet wurde. Die Kosten betragen:

- 1. Prozeßgebühr 10,— M.
- 2. Verhandlungsgebühr 10,—
- 3. Beweils- und Nachverhandlungsgebühr 10,—
- 4. Auslagen 1,—
- 5. Gebühr für Festsetzung 1,25

Zusammen 32,25 M.

Selbstverständlich war B. in diesem Falle nicht als Anwalt, was ja zurzeit glücklicherweise noch unmöglich ist, sondern als Vertreter der Kondurmasse aufgetreten und hat die Kosten als solcher gemäß den Gepflogenheiten der Rechtsanwaltschaft angefordert.

Der ungeheuerliche Beschluß des Gewerbegerichts braucht in diesem Zusammenhang nicht kritisiert zu werden. Er richtet sich selbst und zeugt von einer geradezu erstaunlichen Rechtsauffassung. Viel wichtiger ist vielmehr das Warnungszeichen, das in dem Mißverhältnis der Beträge dieser Kostenfestsetzung zu der dem Kläger zugesprochenen Summe liegt. Der nicht will, daß die in ihrer Höhe oft bescheidenen, bei den niedrigen Löhnen und Gehältern aber so unentbehrlichen Streitbeträge, um die es sich beim Arbeitsgerichtsverfahren so oft handelt, durch Gebührenforderungen mehr als aufgehoben werden, muß die Forderung der Gewerkschaften auf Fernhaltung der Rechtsanwaltschaft von den Arbeitsgerichten mit allen Kräften unterstützen. Man lasse sich auch nicht irreführen durch den oft gehörten Vorwand, die Gebühren für die Anwälte im Arbeitsgerichtsverfahren niedrigzuhalten. Bei dem kostspieligen Bürobetrieb der Anwälte, der ja schließlich bei einem Objekt von 50 000 M. nicht mehr Aufwand erfordert als bei einem solchen von 50 M., ist es gar nicht möglich, daß der Anwalt bestehen kann, wenn er nicht auch für Begattungsprozesse entsprechende Honorare erhält. Man würde also auf dem Umweg über sogenannte freiwillige Vereinbarungen Sonderhonorare sich einbürgern sehen, die die gesetzlichen Mindestgebühren nur noch auf dem Papier stehen ließen.

Betätigung der dummen Geschäftspolitik

In Fröndenberg a. Ruhr besteht die Union, G. m. b. H., die Fahrradteile herstellt. Da nun Fahrradteile und Fahrräder in der Hauptsache von Arbeitern gekauft werden, so mußte diese Fabrik möglichst hohe Löhne bezahlen, fernermalen sie dadurch ihren Absatz steigern, die Betriebskosten verringern, kurz ihren Gewinn bessern kann. Von dieser einfachen, jedem Kinde verständlichen Logik scheint jedoch die Leitung dieser Firma noch nicht gebört zu haben. Denn sie ist darauf verfallen, das frische Gegenteil zu tun, das heißt, sie drückt die Löhne, kürzt die Stücklöhne, entleert den Mindestlohn von allen Zulagen und erlegt geschulte Leute durch Jugendliche. Nun ist es aber klar, daß mit der Kürzung des Verdienstes die Kaufkraft der Arbeiter sinkt, da, um mit Ford zu sprechen, ein schlecht entlohnter Mann nur noch ein halber Käufer ist. Wenn nun der Absatz infolge der Lohnkürzung noch weiter sinkt, nun, dann wird diese dumme Geschäftspolitik eben weiter beibehalten; es werden die Löhne und Abschläge noch weiter gedrückt. Die Firma nennt das offenbar Rationalisierung. Und es ist im Grunde doch nichts anderes, als eine höchst dumme Geschäftspolitik. Damit ist indessen die Geschäftspolitik dieser Firma noch nicht ganz geschildert. Durch Anschlag am schwarzen Brett ludt sie Jugendliche von 14 bis 18 Jahren, wodurch sie das am Orte geflügelte Wort aufs neue bestätigt, daß für die Union Leute mit mehr als 20 Jahren zu alt sind. Ein weiterer Anschlag (vom 13. Oktober 1926) verlangt von den Arbeitern, daß sie ihre volle Kraft einsetzen, um die Produktion zu verbilligen. Das heißt, die Firma heißt von den namentlich unten mehr Schaffensfreude, denen sie Stöße auf den Magen verabreicht. Dumme Geschäftspolitik! Am 27. Oktober sollen alle Arbeiter geübt werden, weil eine genaue Nachprüfung „eine Ermäßigung“ notwendig mache. Da die Größe der Fabrikleitung noch dazu lang herauszufinden, daß dadurch Betriebsruhe und Schaffensfreude gestört werden können, fügt sie beunruhigend hinzu, eine Schwächung des Verdienstes sei nicht beabsichtigt. Wieviel Dummschlüsse werden sich da finden? Die Firma rechnet darauf, daß die Arbeiter Verständnis für ihre Lage zeigen. Warum nicht? Die Arbeiter werden für die Lage der Firma genau soviel Verständnis aufbringen, als die Firma für die Lage der Arbeiter zeigen läßt.

Nachdem die Geschäftspolitik der Firma gestreift, sei der gesundheitlichen Zustände kurz gedacht. Die Vernichtung droht immer mehr zu einer größeren Gefahr für die darin Arbeitenden zu werden. Die ihnen gewährte Gesundheitszulage ist um die Hälfte und die Kleiderzulage verringert worden. Früher galt darin das Dreifachsystem, jetzt wird in zwei Schichten mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 60 Stunden gearbeitet. Und das bei der Handlung mit Mittel und Säuren, die der Gesundheit sehr gefährlich sind. Den Arbeiterinnen werden die Stücklöhne um 30 bis 40 Prozent gekürzt. Wer in einer derart beschaffenem Bude 10 bis 20 Jahre anhält, ist am Ende seiner Schaffensfähigkeit.

Auf die Frage, wie die für das eigene Geschäft dumme und für die Arbeiter gefährliche Politik abzustellen ist, gibt es nur eine Antwort: Arbeiter, organisiert euch einhellig! Der Zusammenschluß macht euch fähig, der Firma Verständnis für die Lage der Arbeiter beizubringen und auch vor gesundheitlicher und finanzieller Schädigung zu bewahren. Eine andere Möglichkeit gibt es nicht.

Ein fragwürdiges Arbeitergefuß

Die Patient Ludwig Versicherungs-Gemeinschaft in Charlottenburg sucht Schlichter oder Beraters, die sie angeblich als Lehrschlichter vorschlagen will. Einer unserer Kollegen hat sich daraufhin gemeldet, worauf ihm ein Fragebogen zuging. Die Fragen, die die Firma von dem Stellungsuchenden Arbeiter beantwortet haben sind, lauten:

- 1. Bei welchen Firmen haben Sie in den letzten zwei Jahren schon einmal gearbeitet, nicht nur verfahrensweise, Klärtungen aus Schmelzschmelz (Edelstahl, sogenannter Naturhartstahl) auf schmiedeeiserne Stücke von Dreh- und Hobelmaschinen angefertigt oder aufgeschweißt?
- 2. Welches Material der Arbeitsstücke wurde dort mit den Schweißplättchen benutzt und sind die Plättchen dabei nie abgesprungen?
- 3. Haben Sie dieses Aufschweißen mit elektrischen Maschinen oder in Feuer vorgenommen?
- 4. Wurde Schweißpulver verwendet? Haben Sie dieses selbst hergestellt? Kennen Sie den Lieferanten?
- 5. Bei welcher Art des Aufschweißens und bei welchem Schweißpulver konnten Sie dafür garantieren, daß die Aufschweißplättchen auch bei starker Beanspruchung nicht abspringen?

Unser Kollege ist über die Mißbilligung der Firma verblüfft und bedauert ihr Gebahren mit parlamentarischen Ausdrücken. Ob diese bezweifelt sind, vermögen wir nicht bestimmen zu sagen. Immerhin dürfte auch aus den Fragen der Firma recht feststehen. Man kann sich fragen: Eradit die Firma wirklich Recht als Lehrschlichter oder wird sie auf billige Weise die Art und den Umfang der Drehschichtaufschweißerei und die dafür in Frage kommenden Lieferanten und Sachverständigen in Erfahrung bringen? Da man darüber sehr wohl zweierlei Meinungen sein kann, unterbreiten wir dieses Arbeitergefuß den Kollegen zur gemeinsamen Beurteilung.

Schick dem älteren Arbeiter. Es hat sich in der Industrie der betrieblichen Ordnung herausgestellt, daß Arbeiter über 40 Jahre bei der Neueinstellung einfach überlassen oder ältere Arbeiter möglichst bald entlassen werden. Wenn auch diese Praxis dadurch, daß die jüngeren Lehrlinge der Arbeitskraft im Altere vermindert wurden, in letzter Zeit nicht immer geübt wurde, so ist die Meinung, die älteren Arbeiter einzustellen, noch immer vorhanden. Der Gewerkschaftsband unterbreitet entsprechend einen Vorschlag zum Schutze der älteren Arbeiter. In einer Eingabe an das Reichsarbeitsministerium wird gefordert, daß die Unternehmer gezwungen werden, alle Arbeitskräfte nach der Vermittlung der öffentlichen Arbeitsnachweise zu beschäftigen. Über den Antrag zur Einstellung älterer Arbeiter heißt es in der Eingabe: „Alle Unternehmungen öffentlichen und privaten Rechts müssen auf je fünf beschäftigte Arbeiter mindestens einen Arbeiter oder einen

Arbeiterin im Alter von mehr als 50 Jahren beschäftigen. Ausnahme sind nur zulässig, wenn der Arbeitsnachweis solche ältere Arbeiterkräfte nicht zuweisen kann. . . . Das Einpruchsrecht gegen Kündigungen wie es der § 84 des BGG vorsieht, ist den Arbeitern aller Betriebe auch denjenigen, wo ein Betriebsrat nicht wählbar ist, zu geben und der Maßgabe, daß der Einspruch in den letzteren Betrieben an das Arbeitsgericht direkt gerichtet werden kann. Nichtbeachtung dieser Vorschriften wird mit Geldstrafe, im Wiederholungsfalle mit Freiheitsstrafe geahndet.

Schriftenschau

Fehlguß- und Werkzeugenschädigung im Gießereigewerbe. Herausgegeben vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Inhalt der Broschüre ist für Formner beachtenswert. Sie enthält eine Schilderung der leider noch bestehenden Verunstaltung der Form und der Gesundheitsgefahren dieses Berufes. Eine tabellarische Zusammenstellung macht die gegenwärtige bezügliche und drückliche Regelung der Fehlguß- und Werkzeugenschädigung ersichtlich. Auch Auffassung und gutachtliche Urteilungen von Juristen, Sozialpolitikern und Volkswirtschaftlern über die bisherige ungenügende Entschädigungsart sowie gerichtliche und Schlichtungsentscheidungen sind darin enthalten. Die Broschüre ist jedem Formner und Berufsgenossen zu empfehlen. Preis 30 M. Zu beziehen nur durch die Verlagsgesellschaft des DMB, Stuttgart, Rätestraße 16.

Wissen von der Wirklichkeit ist jedem vorwärtsstrebenden Menschen nicht darauf kommt es an, recht viele Einzelheiten zu erfahren, sondern die großen Zusammenhänge der menschlichen Entwicklung erkennen. Die Grundlage dieses Wissens enthalten zwei große Forschungsgebiete: Naturerkenntnis und Gesellschaftslehre. Aber sie sind in der Weise frei und offen, ohne Rücksichtnahme auf altförmliche Empfindlichkeit und spießbürgerliche Rücksichtlichkeit zu berichten, ist die Eigenart der Monatschrift „Urania“ und ihrer schmunzigen Buchbeigabe für billigen Preis, vierteljährlich nur 1,60 oder 2,25 M. (je nachdem ob die Buchbeigabe broschüriert oder gebunden geteilt wird), wird dieser Bildungszeitchrift eine Fülle des Wissenswerten, ja Wissen notwendigen geboten. Eine Liebesgabe „Sturmlied revolutionärer Bauern 1525“ vervollständigen den wertvollen Inhalt. — Jetzt, zu Beginn des Jahres, sollen sich recht zahlreiche neue Freunde, die den alten treuen Anhängern der „Urania“ gesellen! Als Buchbeigabe zum laufenden Quartal wird im Dezember ein sehr interessantes Buch ausgeben: „Das Geschlecht, seine Erscheinungen, seine Bestimmung sein Wesen bei Tier und Menschen“ von Prof. Dr. Schögel.

Die drei Kalender des DMB für 1927 sind wieder erschienen. Jetzt ist von den Ortsvereinigungen oder Funktionären des Verbandes 1. M., von der Verlagsgesellschaft des DMB für 1,50 M. zu beziehen. Einer der Kalender ist für die Metallarbeiter im allgemeinen, ein für die Klempner und einer für die Formner und Gießereiarbeiter. Ein Teil des Inhalts ist allen drei Kalendern gemeinsam, und zwar jedem Arbeiter dienliche Dinge, wie Gesundheitsdaten, Versammlungstermine, Winkeln für Redner, Angaben über die Erde, den Verkehr, die politischen Wahlen, das Arbeitsrecht usw. Neben dem allgemeinen Teil enthält jedoch jeder der drei Kalender noch Stoff, Hinweise und Winkeln für den betreffenden Beruf, so daß jeder der drei Berufe seinem Kalender recht nützliche Auskunft in Berufsfragen findet. Die Kalender sind in handlicher Form und ansprechender Farbe. Durch ihre Wohlfeilheit wie reichen Inhalt empfehlen sich diese Kalender jedem Arbeiter.

Kästel der Wüste. Von A. M. Gassner, 319 Seiten, 46 Abbildungen und 1 Karte. In Leinen 9,50 M. Dieses bei Brockhaus erschienene Reisebuch bringt neue Entdeckungen der Libyischen Wüste. Entdeckungen, über die das Buch berichtet, sind unermesslich von den Schilderungen der Wüste, mancher fessamen Sitten und d. Bergbauens der Wüstenbewohner. Wir hören da, daß der Wüsten seinen Gast bebiene und mit möglichst harten Speisen vollstopfen muß, ohne selbst etwas zu essen, und daß eine Witwe sich 40 Tage lang nicht waschen und sich vor niemand sehen lassen darf. Zu den fessamen sozialen Entdeckungen fügt das Buch geographische, ethnologische. Eine Reihe hübscher Bilder verstärken den Eindruck des gedruckten Wortes.

Kulturwille Nr. 11. Einzelnummer 20 M. Jahresabonnemente 2,40 M. Probennummer frei. Verlag Arbeiter-Bildungs-Institut Leipzig, Braustraße 17. Diese Nummer bringt einige lebendige Beiträge über die Großmacht Preußen. Ferner enthält das Heft eine Anzahl wertvoller Radierungen.

Mitteilungen des Vorstandes

Telegrammadresse: Metallvorstand Stuttgart
Telephon-Nummern: S-A. 628 41, S-A. 628 42, S-A. 639 90

Mit Sonntag dem 14. Nov. ist der 47. Wochenbeitrag für die Zeit vom 14. bis 20. November 1926 fällig.

Zur Beachtung für die reisenden Mitglieder

Ein statutarisches Recht auf Empfang von Lokalgeschenk besteht nicht. Die Auszahlung von Lokalgeschenk durch die Verwaltungskasse ist freiwillig und nur soweit möglich, als lokale Mittel vorhanden sind. In allen Verwaltungsfällen, wo im Adressverzeichnis vermerkt ist: „Lokalgeschenk wird nicht bezahlt“, ist das Auffuchen des Kassierers zwecklos, zu unterlassen.

Ausgeschlossen werden nach § 22 des Statuts:
Auf Antrag der Verwaltungskasse Hinderburg:
Der Metallarbeiter Anton Zupot, geb. am 28. August 1883 zu Plawnowitz, Mitgliedsbuch Nr. 5,358 715, wegen Nichtabrechnen mit Beitragsmarken;
Der Arbeiter Walter Thomaß, geb. am 16. Dezember 1890 zu Pürschkau, Mitgliedsbuch Nr. 5,390 475, wegen Nichtabrechnen mit Beitragsmarken.
Stuttgart, Rätestraße 16. Der Verbandsvorstand

Zur Beachtung! Bezug ist fernzuhalten

von Diamantarbeitern nach Harau (Firma Meißner u. Kraus) D. von Elektromontieren nach dem Unter-Elsaß St.; von Metallarbeitern aller Branchen nach Neuß (Schiffbau) Düsseldorf-Neuß, G. m. b. H.; nach Ratibor L.; nach Reichs-L. in Humänien D.; von Eisberarbeitern nach Berlin St. L = Lohnbewegung; D = Differenzen; v. St. = Streit in Sicht; St. = Streit; R = Reglement; M = Mißstände; K = Auspersung

Verbandsanzeigen

Wannheim. Geschäftsführer gesucht wegen Weggangs des ersten Bevollmächtigten. Nur erste Kraft. Bewerber müßte mindestens 10 Jahre Mitglied unserer Organisation sein. Genau Kenntnisse des Organisationslebens und dessen Aufgaben sowie die Arbeitsweise sind unbedingt erforderlich. Außerdem müssen Bewerber sachlich sein und über eine gute Verhandlungsfähigkeit verfügen. Gehalt nach den Verhältnissen des Verbandes. Bewerbungen mit Angaben der bisherigen Tätigkeit in der Arbeiterbewegung, Alter, Beruf, Mitgliedschaftsdauer und Familienverhältnisse sind bis zum 25. November mit der Aufschrift „Bewerbung“ an den Kollegen Hans Wimmer, Wannheim, T. 5, 12, zu richten. Bescheid a. Meßer. Das Büro befindet sich jetzt im Gewerkschaftshaus Lindenstraße 12/14, Aumund bei Begehd.

Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rätestraße 16